

Was würden Sie tun? – Sie würden wahrscheinlich dankend ablehnen. Das tun wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte noch einmal zurück. Die Meldung zur Zwischenbemerkung erfolgte in der letzten Zehntelsekunde. – Herr Mannes, Sie haben es gerade noch geschafft. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Das ging jetzt doch zu schnell. Erstens. Würden Sie sagen, dass dieses Programm SURE, das ich beschrieben habe, doch ein Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung ist? Zum Zweiten frage ich Sie auch noch einmal: Sind Sie grundsätzlich für oder gegen eine solche europäische Arbeitslosenversicherung? – Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich spreche etwas langsamer, damit Sie es verstehen; denn es war vorhin etwas zu schnell. Der Vergleich mit SURE ist der Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Sie vergleichen ein Programm, das ein europäisches Kurzarbeitergeld für eine kurze Zeit in der Krise schafft, mit einer dauerhaften Arbeitslosenrückversicherung oder einer Katastrophenrückversicherung, wie sie im Gespräch ist.

Ich bin – das habe ich im Ausschuss und auch hier schon mehrfach gesagt – gegen eine europäische Basisarbeitslosenversicherung, gegen eine echte Basisarbeitslosenversicherung. Die gibt keinen Sinn. Aber auch eine solche Versicherung würde niemals nationale Versicherungen ersetzen, wie es in Ihrem Antrag steht. Sie schreiben, die EU würde die nationalen Arbeitslosenversicherungen ersetzen. Das tut sie nicht. Sie schafft aber auch keine reine, echte Basisarbeitslosenversicherung. Sie wollte Anfang 2018 eine Rückversicherung schaffen. Dazu sage ich auch: Das müssen wir uns genau überlegen. Da müssen wir uns die Details anschauen, wenn sie auf dem Tisch liegen. Aktuell gibt es aber keinen Plan für eine Arbeitslosenrückversicherung auf europäischer Ebene. Deswegen ist Ihr Antrag auch obsolet.

(Beifall den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich meinen Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion aufrufen.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Mannes hat die Finanzkrise der Jahre 2008 bis 2010 in Erinnerung gerufen und uns nochmals die Zahlen vor Augen geführt, was die europäischen Staaten damals zur Rettung von Banken an Geld auf den Tisch legen mussten. 1,6 Billionen Euro waren es. Das waren 13 % der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung Europas. Obendrauf kamen noch einmal 2.000 Milliarden Dollar für Konjunkturprogramme der weltweiten Staaten. Was für eine Schweinerei, weil einige an den Finanzmärkten auf Teufel komm raus zockten! Weil Gewinne privatisiert wurden, sollten die Verluste sozialisiert werden. So war es zwischen 2008 und 2010. Bis dahin können wir vielleicht sogar ein gemeinsames Gefühl für die Sache entwickeln.

Was entsteht in einem solchen asymmetrischen externen volkswirtschaftlichen Schock, wie man es nannte? – Eine hohe Arbeitslosigkeit. Was machen Staaten bei hoher Arbeitslosigkeit, die sie kaum noch finanzieren können? – Sie machen zwei Fehler.

Erstens kürzen Sie die Leistungen für die Arbeitslosen. Das ist sozial ungerecht, weil die Versicherungsleistung zunächst versprochen war. Zweitens erhöhen sie den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Auch das ist volkswirtschaftlich ein Fehler, weil in der Krise die Konjunktur eigentlich angekurbelt statt weiter abgesenkt werden sollte. Diese beiden Fehler führen dazu, dass man sich darüber Gedanken macht, was man gegen einen solchen asymmetrischen Schock und seine Folgen präventiv in Angriff nehmen kann.

Unser Vizekanzler Olaf Scholz hat sich darüber intensiv Gedanken gemacht und deshalb – im Übrigen auch im Einklang mit Jean-Claude Juncker, Frau von der Leyen und auch mit Emmanuel Macron – ein Konzept entworfen, das einem solchen Schock entgegenstehen soll. Das hat übrigens nichts mit einer Arbeitslosenversicherung zu tun. Was macht man in der Versicherungsbranche, wenn eine Arbeitslosenversicherung in der Form unter Druck gerät, wie ich es eben geschildert habe? – Man macht eine Rückversicherung für die Versicherung.

Gerade wir in Bayern sind hier besonders stark. Deshalb ist schon der Titel Ihres Antrags falsch. Es geht nicht um eine Arbeitslosenversicherung in Europa; es geht um eine Rückversicherung, mit der die Versicherungen in Krisenzeiten stabilisiert werden. Warum ist das gut? – In volkswirtschaftlicher Hinsicht habe ich die Gründe gerade genannt. Es handelt sich nicht um Sozialtransfers, weil es sich um einen Topf des EU-Fonds handelt, in den eingezahlt wird, damit Staaten in der Krise aus diesem Topf Gelder entnehmen können.

Das Konzept unseres Vizekanzlers Olaf Scholz sieht übrigens ausdrücklich keinen Transfer, sondern eine Verpflichtung zur Rückzahlung vor. Das Konzept unseres Vizekanzlers sieht ausdrücklich Mindeststandards beim Arbeitsrecht vor. Es sieht ausdrücklich vor, dass selbstverständlich nationale, funktionierende Arbeitslosenversicherungen überhaupt existieren. In vielen europäischen Staaten ist dies nicht der Fall. Sie könnten an diesem Projekt gar nicht teilnehmen. Wir haben deshalb Interesse daran, dass die Versicherung rückversichert wird. Wir haben Interesse daran, dass es Maßstäbe gibt und dass es keinen Transfer in die, wie Sie sagen, "Rotweinstaaten" gibt. Für mich ist das im Übrigen ein toller Begriff. Ich bin dezi- diert, selbsterklärtes Mitglied der Toskana-Fraktion meiner Partei. Ich liebe die Rotweinstaaten, und ich kann mich mit diesem Begriff durchaus anfreunden.

Das Märchen des Sozialtransfers funktioniert bei der Arbeitslosenrückversicherung überhaupt nicht. Das ist kein sozialistischer Gedanke. Oder wollen Sie dem Ifo-Institut in München oder dem Deutschen Institut für Wirtschaft – beides sind sehr unterschiedliche volkswirtschaftliche Denkschulen – vorwerfen, Sozialisten zu sein?

(Zuruf)

Das ist wirtschaftlich vernünftig. Es stabilisiert auch die nationale, deutsche Arbeitslosenversicherung. Deshalb sollten wir dieses Projekt dringend nachverfolgen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Vielen Dank, Herr Rinderspacher. Eine Rückversicherung ist natürlich keine sozialistische Idee. Sie werden es aber mir aber nachsehen, dass man die Verpflichtung zur Rückzahlung zumindest kritisch sehen kann. Ich habe nicht umsonst die Geschichte der Europäischen Union etwas skizziert, weil die roten Linien immer etwas verschoben wurden. Sehen Sie dabei nicht die Gefahr, dass die Gelder dieses Topfs, der befüllt wird, nicht mehr zurückgezahlt werden? Es ist eine ernstzunehmende Gefahr, dass aus einer Rückversicherung eben doch ein Sozialtransfer wird. Wie sähen Sie das, wenn dem so wäre? Würden Sie dies